

Nein zu Steinbrück als Spitzenkandidat der SPD

Peer Steinbrück steht für die Politik der Agenda 2010, die inzwischen ganz Europa in der Form einer verschärften Super-Agenda diktiert wird und auf die heftigste Abwehr bei den Arbeitnehmern und Völkern stößt. Auf entschiedene Ablehnung trifft sie auch in Deutschland: durch die SPD-Wählerbasis, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder und die Mehrheit der SPD-Mitglieder, der sich Steinbrück mehrmals geschlagen geben musste, und zuletzt auf die sich ausbreitende Streikbewegung gegen 10 Jahre Lohnverzicht und Prekariisierung.

Seine Ausrufung zum „Kanzlerkandidaten der SPD“ konnte deshalb nur durch einen Willkürakt der SPD-Troika über den Willen der Parteimitglieder und Gremien hinweg inszeniert werden.

Während diese Inszenierung das Wohlwollen der einen, der Finanzmärkte und des deutschen Kapitals sowie des Ex-Bankenchefs Ackermann erregt, kann sie von den anderen, der großen Mehrheit, nur als Affront aufgefasst werden.

Dieser Steinbrück, der als Ministerpräsident in NRW konsequent für die Umsetzung der Schröder-Agendapolitik stand, hat als Spitzenkandidat die SPD 2005 in NRW auf das schlechteste Wahlergebnis seit 1954 abstürzen lassen und der CDU unter Rüttgers den Weg zur Regierungsübernahme frei gemacht.

Mit Steinmeier wurde Steinbrück zum Garanten für die unter dem Druck der Krise noch schlimmere Fortsetzung der Agenda-Politik in der großen Koalition unter Merkel - der Sparpolitik, der Demontage des Sozialstaates und der sozialen Sicherungssysteme, der Ausweitung von Dumpinglohn und prekärer Beschäftigung, der Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung - zugunsten der Förderung der Unternehmerprofite und Finanzspekulation, der Bereicherung von Banken und Konzernen.

Und es war vor allem Steinbrück, der darauf drängte, die Schuldenbremse in die deutsche Verfassung einzupflanzen und mit diesem Akt die verfassten staatlichen Ordnungsprinzipien des einheitlichen „demokratischen, sozialen Bundesstaats“ auszuhebeln.

6,2 Millionen SPD-Wähler erteilten mit der Verweigerung ihrer Stimme in den Bundestagswahlen im September 2009 dieser Politik der SPD in der Großen Koalition und den hauptverantwortlichen Wortführern der Schröder-Agenda-Politik, den Steinmeier und Steinbrück, eine vernichtende Absage. Die SPD verlor weitere 100 000 Mitglieder und landet auf dem damals historisch niedrigsten Mitgliederstand.

Schließlich haben Steinbrück und die SPD-Troika Merkel den entscheidenden

Handlangerdienst geleistet, um die von den Finanzmärkten verlangte Ratifizierung von ESM und Fiskalpakt durchboxen zu können. Damit wird ein ungebremseter Milliardenfluss an Banken und Spekulanten garantiert, bezahlt durch die Auspressung der Völker über eine brutale Superagendapolitik des Sparens und der Arbeitsmarktreformen, über die Memoranden der Troika aus EU, EZB und IWF.

Die Politik dieser Verträge bestimmt schon heute das Regierungshandeln. Unausweichlich wird sich das verschärfen unter dem Druck der beginnenden Rezession und der außer Kontrolle geratenen Steigerung der über 1-Billion-Summe, mit der die Bundesrepublik für die Risikokredite haftet. Und diese Verträge diktiert erst Recht das Programm der aus den Wahlen 2013 hervorgehenden Regierung, egal welcher Zusammensetzung und Farbe.

Die Regierung Merkel ist schon heute wesentlich handlungsunfähig, und die Unterstützungsfähigkeit der SPD stößt an ihre Grenzen. Die striktere Umsetzung der mit den zwei Verträgen extrem verschärften EU-Krisenpolitik im unausweichlichen Zusammenprall mit Widerstandskämpfen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend verlangt dringlich eine direkte Präsenz der SPD in der Regierung.

Das ist der Auftrag des Peer Steinbrücks als Spitzenkandidat der SPD. Er soll der SPD den Weg in die Regierung bahnen und sie auf ihre Rolle darin vorbereiten: endlich das zu tun, wovon Merkel heute zurückschreckt und sich so lange wie möglich zu drücken versucht. Schmerz dem deutschen Volk die ganze schmerzliche Rechnung zu präsentieren, die es für die „Bewältigung der Krise“, für die Euro-Rettung und die Rettung des Finanzkapitals und der Konzernprofite zahlen soll. Die neuen europäischen Verträge liefern dafür die Instrumente.

Für diesen Auftrag braucht Steinbrück die notwendige „Beinfreiheit“ gegenüber der SPD-Basis und den Gewerkschaften; braucht er zugleich die „kritische Unterstützung“ und zumindest Begleitung seiner Kandidatur durch die Gewerkschaftsführung und durch die Sozialdemokraten, die sich mit der Agenda-Politik und ihrer radikalisierten Neuaufgabe nicht versöhnen wollen.

In der Auseinandersetzung in der SPD um das Programm für den Kandidaten wie in den Gesprächen mit den Gewerkschaftsverantwortlichen geht es Steinbrück und der Troika darum, dass deren Forderungen dem Auftrag des Kandidaten nicht zu sehr in die Quere kommen.

Steinbrück nimmt scheinbar einige Forderungen auf, macht trügerische Versprechungen für einen „politischen Kurswech-

sel“ 2013. Bis dahin sollen wir die Haushaltskürzungen, Privatisierungen, Ausblutung der Kommunen, die Ausweitung der Altersarmut und der Niedriglöhne, die beginnenden Entlassungen, Kurzarbeit und Lohnkürzungen – vielleicht unter Protest – akzeptieren und sollen uns um eine möglichst „sozialverträgliche Gestaltung“ kümmern?

Steinbrück verspricht kosmetische Korrekturen bei den Renten und achtet darauf, dass die „Reform“ zur Privatisierung und rigorosen Kürzung der Rente nicht angetastet wird.

Wen glaubt der einstige Vorantreiber der Deregulierungsgesetze für die Finanzmärkte und der Entfesselung der Spekulation mit seinen Vorschlägen zur Regulierung der Banken täuschen zu können? Eine „Regulierung“ übrigens, die von der EU geplant wird und schon begonnen wurde. Das ist so als ob er, mit Nagelfeile und Pinzette bewaffnet, dem Finanzkapital die Raubtierzähne stutzen und ziehen wollte. Meint er, so davon ablenken zu können, dass er gerade geholfen hat, die europäischen Verträge zu ratifizieren, mit denen den Völkern weitere Milliardenströme in die Kassen der großen Gläubigerbanken und Finanzinvestoren abgepresst werden sollen?

Und wen will Steinbrück mit der Forderung nach Mindestlohn locken – wo doch alle bisherigen Mindestlöhne als Billigmindesttarife die Zersetzung der gewerkschaftlichen Flächentarifverträge zementieren, während gleichzeitig die Regierung Merkel Tariffucht und Prekariisierung weiter fördert?

Wen will Steinbrück täuschen, der gerade dem griechischen Volk auferlegt hat, dass es den von der Troika in ihrem Memorandum diktierten Sozialkahltschlag gegen die Rente, Löhne und geregelten Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren habe?

Arbeitnehmer, Gewerkschafter, und auch die Mehrheit der SPD-Mitglieder und –Wähler können und werden Steinbrück als SPD-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahlen nicht akzeptieren. Mit diesem Kandidaten wird die SPD die Millionen Arbeitnehmer, Gewerkschafter und Jugendlichen und die bisherigen SPD-Wahlverweigerer vor den Kopf schlagen, die den wirklichen Bruch mit der Eurokrisen-Politik Merkels wollen und die sich in Widerstandskämpfen und Streiks gegen die Kaputtsparpolitik der Schuldenbremse, gegen Lohndumping und Prekariisierung erheben. Für diesen Kampf brauchen sie ihre Gewerkschaften, die sie deshalb gegen die „Integrationsbemühungen“ Steinbrücks und der SPD-Troika verteidigen.

Und sie werden bereit sein zum Kampf gegen die Kandidatur von Steinbrück und für den Aufbau von Kandidaten der SPD,

(Forts. S. 4)